

Presseerklärung des Landesvorstandes der GGG zur Landtagsdebatte vom 27.4.2018

Mit Bedauern und Sorge hat der Landesvorstand der GGG in seiner Vorstandssitzung vom 2.5.18 zur Kenntnis genommen, dass der von der Fraktion der SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebrachte Antrag „Alle Wege zum Abitur offenhalten“ am 27.4.18 keine Mehrheit im Landtag gefunden hat. Vor dem Hintergrund der von der Landesregierung auf den Weg gebrachten und beabsichtigten schulpolitischen Veränderungen befürchtet die SPD eine Rückentwicklung der Gemeinschaftsschule zur ehemaligen Regionalschule. Gemäß dem Antrag sollte die Landesregierung einen Maßnahmenkatalog entwickeln, mit dem der Erhalt der Bildungswege zum Abitur in der Fläche auch außerhalb der Gymnasien gefördert und einer strukturellen Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen entgegengewirkt werden sollte. Diesem Antrag setzen die Regierungsfractionen die Formulierung entgegen, dass der Landtag anerkennt, „dass Gemeinschaftsschulen mit ihrer heterogenen Schülerschaft einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten und wie bisher besondere Unterstützung benötigen, um alle Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fordern zu können.“

Für uns ist dies eine Erklärung zum „weiter so“. Und das trotz der katastrophalen Bewertung, die der Schulpolitik der Landesregierung jüngst in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Infratest dimap attestiert worden ist. **60% der Befragten zeigten sich mit ihr unzufrieden.**

Insbesondere muss sich die Fraktion Bündnis90/Die Grünen fragen lassen, warum viele der bildungspolitischen Entscheidungen, die sie in der vergangenen Legislaturperiode noch initiativ mitgetragen hat, jetzt für sie nicht mehr gelten. Ausschlaggebend sind nicht die Bezeichnungen der Schularten, sondern die dahinter stehenden Orientierungen. Aus einem System mit zwei gleichberechtigten Schularten entwickelt die Regierungskoalition ein selektives Schulsystem mit einer deutlichen Hierarchie.

Die Gemeinschaftsschulen werden auf Dauer nur dann in Konkurrenz zum Gymnasium bestehen können, wenn die gesellschaftlich zu bewältigenden Aufgaben gerecht auf alle Schulen bzw. Schularten verteilt werden, und wenn dafür gesorgt wird, dass sie Schulen der Vielfalt, die möglichst der gesellschaftlichen Heterogenität entsprechen, bleiben bzw. wieder werden können.